

europaticker:**Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt****Potenziale und Grenzen der Windenergie**

Den einen sind sie Grundbaustein und Garant für eine erfolgreiche Energiewende, den anderen Sinnbild für den Verlust von Lebensqualität: Windräder polarisieren. Insofern spiegelte eine Anhörung im Wirtschaftsausschuss, die auf einem Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erhöhung der Ausbaumengen für Windenergie an Land und Solarenergie (**19/2108**) fußte, die öffentliche, fachliche und politische Stimmungslage gleichermaßen wieder. **Gleich neun geladene Sachverständige von der Bürgerinitiative bis zum Wasserkraftexperten standen den Abgeordneten am Montag Rede und Antwort.**

Rainer Ebeling von der Brandenburger Bürgerinitiative "keine neuen Windräder für Crussow" erklärte, die Akzeptanz für Windräder in seinem Dorf und in der Uckermark überhaupt sei gleich Null. "Die Dörfer sind umzingelt." Er klagte darüber, dass die Windkraft privilegiert werde und selbst gesundheitliche Aspekte keine Rolle spielten. Diskussionen mit Bürgern verliefen nicht auf Augenhöhe, Beteiligungsverfahren seien eine Farce. Dem pflichtete Jens Funk von der Bürgerinitiative "Freie Friedländer Wiese e.V." bei. Es werde am Bürger vorbeiagierte; Formulierungen seien oft so verfasst, dass sie unverständlich seien. Funk wies zudem auf die negativen Folgen massiver Anlagen für den Tourismus in seiner Heimatgegend in Mecklenburg-Vorpommern hin.

Adolf Schweer, technischer Geschäftsführer des Betreibers Mitnetz Strom, sah Bürgerproteste gleichwohl nicht als den entscheidenden Knackpunkt bei der Energiewende - auch wenn er bemerke, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung sinke. Wichtig sei, das Problem der Speicher für längere Zeitspannen anzugehen. Denn während Kurzzeitspeicher nach Ansicht von Schweer massiv zunehmen dürften, mangle es an finanzierbaren Lösungen für die Langzeit. Außerdem mahnte Schweer Investitionen in intelligente Netztechnik und in die Sektorkopplung an, also in Möglichkeiten, Strom aus Erneuerbaren Energien zum Heizen und Fahren zu nutzen.

Michael Ritzau, Geschäftsführer des Büros für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH, plädierte dafür, an den bisher beschlossenen Zielen festzuhalten. Indes müssten sowohl Maßnahmenbündel zum Netzausbau und zur Netzoptimierung sowie Möglichkeiten zur Flexibilisierung angegangen werden - sowohl auf technischer als auch auf rechtlicher Ebene. Das Stromsystem leide unter zahlreichen Steuern und Umlagen und müsse dringend reformiert werden, sagte Ritzau.

Flexibilität stieß auch bei Sebastian Bolay vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK) auf helle Ohren. Seiner Ansicht nach sollten möglichst nicht einzelne Aspekte wie die Ausbaupfade für Wind an Land oder Photovoltaik herausgegriffen, sondern die Auswirkungen umfassend betrachtet werden. Außerdem sollte das System so flexibel gehandhabt werden, dass etwa die Industrie dann viel verbrauchen kann, wenn viel Wind weht. Kosten sollten nach Ansicht des DIHK-Experten teilweise anders verteilt und vom Bundeshaushalt gestemmt werden. Bolay erinnerte daran, dass eine zukunftsgerichtete, von digitalen Prozessen getriebene Industrie mehr Strom brauchen werde. Das verdeutliche die anstehenden Herausforderungen.

Besonders viele Fragen richteten die Abgeordneten an den Wissenschaftler Harald Schwarz von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Er warf im Lauf der zweistündigen Anhörung immer wieder auch die Kostenfrage in den Raum: Wer ausschließlich auf Energie aus Wind und Sonne setze, müsse entweder konventionelle Kraftwerke zur Sicherheit in der Hinterhand haben oder massiv in Speichertechnologie investieren - doch wer werde dafür bezahlen? "Dann müssen Sie sagen, wie viel Strom kosten darf", sagte Schwarz an die Abgeordneten gewandt.

Der Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V., Peter Röttgen, mahnte vor allem Verlässlichkeit für Unternehmen an. Sonderausschreibungen seien der richtige Weg, sie sollten verstetigt werden. Behörden müssten besser ausgestattet werden, um administrative Hemmnisse zu mildern, sagte Röttgen. Er brachte die Wasserwirtschaft als Träger der Energiewende ins Spiel; ihr

Potenzial werde massiv unterschätzt. Währenddessen erinnerte Horst Seide vom Fachverband Biogas e.V. an die Möglichkeiten der Bionenergiebranche. Auch deren Energienutzung könne ausgebaut werden - wenn Regelungen flexibilisiert und gesetzliche Schranken geöffnet würden, so Seide.

Schließlich bilanzierte Eva Hauser vom Institut für ZukunftsEnergie- und Stoffstromsysteme, die im Gesetzentwurf der Grünen vorgesehenen Sonderausschreibungen seien allein noch nicht ausreichend, um die Energie- und Klimaschutzziele des Koalitionsvertrags umzusetzen. Es sei wichtig für die Volkswirtschaft, auf dem Feld Vorreiter zu bleiben, erklärte Hauser. Sie erinnerte daran, Verkehr und Wärme stärker in die Diskussion einzubinden und Fortschritte in diesen Bereichen zu forcieren.

erschienen am: 2018-06-26 im europaticker

Wichtiger Hinweis:

Wir verwenden keine Cookies, weil uns das Surfverhalten von mehr als 1 Millionen Besucher monatlich nichts angeht.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu dem Beitrag:

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Impressum (Kurzfassung):

EUROPATICKER mit den Magazinen: **Umweltruf, Korruptionsreport und Green IT**

Das Magazin mit Hintergrund aus der Entsorgungsbranche

Deutscher Presserat (ID-Nummer 3690)

Herausgeber Hans Stephani

Beratender Betriebswirt - Journalist - Autor

Blumenstr. 11, 39291 Möser

Telefon: 039222 - 4125 Telefax: 039222 - 66664

Der **EUROPATICKER Umweltruf** erscheint im 18. Jahrgang. Das Ersterscheinungsdatum war der 20. März 2000.

Für die Titel: **EUROPATICKER, KORRUPTIONSREPORT und UMWELTRUF** nehmen ich Titelschutz nach § 5 Abs. 3 MarkenG. in Anspruch.

Ich unterliege dem Presserecht des Landes Sachsen-Anhalt.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes und nach Telemediengesetz (TMG) ist: Diplom-Betriebswirt Hans Stephani.

Anzeigenverwaltung:

EUROPATICKER - Verlag GmbH, Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stendal unter der Nummer B 2311, Geschäftsführer:

Beatrix Stephani, Steuerliche Angaben: Finanzamt Genthin Steuernummer: 103/106/00739, Blumenstr. 11 D-39291 Möser Telefon:

039222 4125, Telefax: telefax@europaticker.de

[Zurück zum Nachrichtenüberblick](#)

[Diese Meldung ausdrucken](#)